

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/78

Bonn, den 24. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Ein großer Schritt nach vorn 68

Zur Verabschiedung der Finanzreform

3 "Westwall" der DDR 49

Militärisch am stärksten gesicherte Grenze Europas

4 - 5 Mit dem Gerichtsvollzieher gegen wilde Streiker 69

Harold Wilsons Kampf um das Gesetz zur Regelung  
der industriellen Beziehungen

Von Hans Joachim Werbke, London

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Treffen sozialdemokratischer Frauen in Straßburg

Bezirksfrauenkonferenz Hesser-Nord

Kurzmeldungen

\*

\*

## Ein großer Schritt nach vorn

### Zur Verabschiedung der Finanzreform

sp - Spötter und Kritiker der Großen Koalition erlebten am Donnerstag, dem 23. April 1969, eine herbe Enttäuschung. Man wird sich dieses Datum merken müssen. Was allen vorhergehenden Bundesregierungen nicht gelang, die Inangriffnahme und Verwirklichung der Finanzreform, die Herstellung eines einigermaßen gesunden Finanzverhältnisses zwischen Bund und Ländern und erhöhte Zuständigkeiten für den Bund, ist der jetzigen Regierung gelungen. Dem im Grundgesetz enthaltenen Gebot, die Gleichheit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik herbeizuführen, wird nun Rechnung getragen. Natürlich war das nur auf dem Wege des Kompromisses möglich, doch der Kompromiß ist das Salz der Demokratie.

Die Verabschiedung der Finanzreform war mit ein Kernpunkt im Regierungsprogramm der Regierung Kiesinger/Brandt. Es gab viele Hürden zu überwinden, nicht zuletzt einen gewissen Länderegoismus, der sich als hemmende Kraft erwies. Der Gegensatz zwischen "reichen" und "armen" Ländern machte sich noch bis zuletzt bemerkbar, doch schließlich siegte die politische Vernunft, ohne daß dabei die föderalistische Struktur der Bundesrepublik beeinträchtigt wurde.

Als Gemeinschaftsaufgaben wurden von Bund und Ländern anerkannt:

- \* Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen, einschließlich der Hochschulkliniken;
- \* Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes;
- \* Der Bund erhält die Gesetzgebungszuständigkeit für die Regelung der Ausbildungshilfen, für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und der Regelung der Krankenhauspflegesätze.

Das ist, alles in allem, ein gewaltiger Schritt nach vorn. Ihm liegt auch ein Zugzwang zugrunde, den sich Bund und Länder nicht auf die Dauer entziehen können. Die dritte Säule unseres Staates, die Gemeinden, bedarf einer verbesserten Fundierung. Die Gemeinde-

finanzreform verträgt keine Verschiebung. Sie berührt den Bürger unmittelbar.

Die Große Koalition hat ihre Handlungsfähigkeit, vier Monate vor den Wahlen zum Sechsten Deutschen Bundestag, bewiesen und ließ sich durch die unvermeidlichen Begleiterscheinungen eines beginnenden Vorwahlkampfes nicht aus dem Tritt bringen. Sie will erfüllen, was sie sich vorgenommen hat und ein Höchstmaß von Übereinstimmung in Fragen erzielen, die noch strittig sind. Daß beide großen Parteien im Bundestag zwei Gesetzentwürfe zur Lohnweiterzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle eingereicht haben, kann nicht als Zeichen innerer Zerrissenheit gedeutet werden. Die erste Lesung im Bundestag über die zwei Gesetzentwürfe läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß auf einem gesellschaftspolitisch entscheidenden Gebiet noch gemeinsam Meilensteine gesetzt werden können.

Das bisher Erreichte rechtfertigt die Große Koalition, denn keine andere politische Kräftekonstellation wäre imstande gewesen, die Finanzreform zu verabschieden. Nur die Große Koalition war in der Lage, die Bundesrepublik aus dem Desaster herauszuführen, in dem sie sich durch das Versagen der Regierung Erhard/Mende 1966 befand. Das Stabilitätsgesetz, die mittelfristige Finanzplanung, die Ordnung unseres Staatshaushaltes, das Vermeiden von Wahlgewinnen und die wiedergewonnene Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, fallen auf das Konto der Großen Koalition. Die Früchte des Zusammenwirkens beider großer demokratischer Parteien in entscheidenden Fragen der inneren Ordnung sind gereift.

Dieser Feststellung kommt nicht die Bedeutung einer Voraussage für das Verhältnis beider Parteien zueinander in der Zukunft zu. Reformen von großer Tragweite stehen auf der Tagesordnung der deutschen Innenpolitik. Sie vertragen keine 15-jährige Verschiebung, wie es bei der Finanzreform der Fall war. Bei den Unions-Parteien gibt es hemmende und konservative Kräfte. Doch der Weg, der bisher gemeinsam beschritten wurde, kann als großer Erfolg verbucht werden.

Die Sozialdemokraten waren hier das dynamische Element. Sie werden es auch in der Zukunft bleiben und das Bündnis immer mit jenen suchen, die sich für die Notwendigkeit einer ständigen Erneuerung und Modernisierung unseres Staates entscheiden.

### "Westwall" der DDR

#### Militärisch am stärksten gesicherte Grenze Europas

sp - Mit Beginn der besseren Witterung begannen die mitteldeutschen Grenzbrigaden die DDR-Grenze weiter zu befestigen. Die Bauten, die zwischen der Elbe bei Lauenburg und der Halbinsel Priwall bei Lübeck erkennbar sind, lassen den Schluß zu, daß hier jetzt die am stärksten auch nach militärischen Gesichtspunkten gesicherte Grenze in ganz Europa ausgebaut werden soll. Dabei ist es aber nach wie vor Hauptzweck dieser Grenze, den Einwohnern Mitteldeutschlands den Fluchtweg in die Bundesrepublik zu versperren.

Rund 1.100 Mann des Bundesgrenzschutzes stehen zwischen Lauenburg und Priwall den Sperrwerken gegenüber. Auf der anderen, der mitteldeutschen Seite sind drei Regimenter der Grenzbrigade, im ganzen 6.600 Mann, in einem Abschnitt von 133 km Länge auf Wache.

Schon vor vielen Jahren haben die mitteldeutschen Behörden unmittelbar an der Demarkationslinie einen Stacheldrahtvorhang und dahinter einen zehn Meter breiten Kontrollstreifen angelegt. 1952 wurde die Zonengrenze gegenüber der Bundesrepublik auch mit militärischen Anlagen abgesperrt. Die Bewohner Mitteldeutschlands bezeichnen diese Grenze jetzt als "Westwall".

Nach Abschluß der jetzt wieder angelaufenen Arbeiten an der Sperrzone wird sich folgende Situation ergeben: Im Lübecker Raum ist ein 17, km langer Zaun in einer Höhe von drei Metern aus Metallgitter hinzugefügt worden. Es muß davon ausgegangen werden, daß dieser Zaun auch noch an anderen Stellen errichtet wird, von denen man glaubt, daß sie für die Flucht aus Mitteldeutschland bevorzugt benutzt werden könnten. An unübersichtlichen Geländeabschnitten, teilweise in Ergänzung zu dem Zaun, wurden inzwischen auch Lichtsperrn in der Form von Feitschenposten montiert.

Die "normale Grenzsicherung" besteht aus bis zu fünf Stacheldrahtschülenen. Hinter dem alten Stacheldrahtzaun unmittelbar an der Zonengrenze und dem zehn Meter breiten Kontrollstreifen folgt eine Brachlandzone von mindestens 25 Metern. Zwischen zwei Stacheldrahtschülenen schließt sich dann eine 25 Meter breite Minengasse ab. Hier werden sogenannte S-Minen russischer Produktion mit einer Splitterstreuweite von ca. 80 Metern verwendet. Die Minen dieses Typs sind durch dünne Stolperdrähte verknüpft. Stößt man dagegen, explodieren die Sprengkörper. Dazwischen liegen noch Druck- oder Tretminen, gleichfalls russischer Herkunft.

Landeinwärts der Minensperre folgt ein Spurensicherungspfad. An seinem Rande gehen Soldaten der Grenzsicherungsbrigade der DDR ständig Wache. Zum Teil sind auch scharfe Schäferhunde an Laufdrähten hier stationiert. Neben dem Postenpfad liegt eine Straße, auf der gepanzerte Fahrzeuge patrouillieren. Diese Straße wird durch einen Sperrgraben zoneneinwärts abgegrenzt, in den etwa fliehende Autos stürzen sollen.

Dann schließt sich ein Schutzstreifen von weiteren 500 Metern Breite an, in dem neue Betonbunker und Beobachtungstürme stehen. Die alten Erdbunker und Holztürme wurden abgebaut. Zum Teil befinden sich in dieser Sperrzone noch einzelne Dörfer von landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das Betreten der Sperrzone ist aber nur mit einem Sonderausweis gestattet. Die Ausweispflicht erstreckt sich bis zu fünf Kilometer Tiefe in das Gebiet der DDR.

+ + +

Mit dem Gerichtsvollzieher gegen wilde Streiker

Harold Wilsons Kampf um das Gesetz zur Regelung  
der industriellen Beziehungen

Von Hans Joachim Warbke, London

Als die Lords des britischen Oberhauses gegen die Verlängerung der Sanktionen gegenüber Rhodesien im vergangenen Sommer stimmten, platzte Harold Wilson der Kränen. Ihre Macht, Gesetze aus dem Unterhaus vorübergehend aufzuhalten, wollte er brechen. Kraft Erbadeis und politischer Tradition ist die Struktur des Oberhauses überwiegend konservativ getönt. Eine Oberhausreform sollte die Zweite Kammer modernisieren. Das von der Regierung eingebrachte Gesetz kam jedoch kaum über die zweite Lesung hinaus. Filibustertaktik der Reformgegner auf der äußersten Linken der Labourparty, die die Lords ganz abschaffen will, und der äußersten Rechten der Torypartei, die das Erbprizip und andere alte Zöpfe bewahrt sehen will, ließ nach 90 Stunden Debatte in zehn kostbaren parlamentarischen Arbeitstagen die Aussicht schwinden, das Gesetz über die restlichen parlamentarischen Hürden zu bringen. Premierminister Wilson setzte es kurzerhand ab, denn er braucht die Zeit für ein viel heikleres Gesetz: Das Gesetz zur Regelung der industriellen Beziehungen.

Der Titel verbirgt, daß es sich dabei um Gewerkschaftsreformen von Gesetzes wegen handelt. Es wird basieren auf einigen Hauptpunkten des Weißbuches von Barbara Castle. Der Text liegt noch nicht vor, aber in der Haushaltsdebatte des Unterhauses gab Arbeitsministerin Castle ziemlich genau Aufschluß über den Inhalt des Gesetzes. Angestrebt wird die Beseitigung der Ursachen von wilden Streiks, die ein verheerendes Maß angenommen haben und Britanniens Wettbewerbsposition schädigen. Um die Hand der Gewerkschaften zum Abschluß von Kollektivtarifverträgen zu stärken, wird jedem Arbeiter das Recht auf Gewerkschaftsbeitritt gewährt; ferner wird die Anerkennung von Gewerkschaften durch Arbeitgeber zwingend vorgeschrieben.

In diesem Zusammenhang wird auch die Rivalität der Einzelgewerkschaften untereinander einer Regelung unterworfen, wobei der Dachverband des Gewerkschaftkongresses und der neugeschaffene Rat der Industriebeziehungen vorgeschaltet werden - erst wenn sie keine Einigung erzielen können, wird die Arbeitsministerin von ihren Sondervollmachten Gebrauch machen. Diese Sondervollmachten erstrecken sich auch auf die Erzwingung einer 28tägigen "Versöhnungspause" bei wild ausgebrochenen, das heißt inoffiziellen, von Gewerkschaftsseite nicht geheiligten Streiks. Verstöße gegen die Anordnung, zur Arbeit zurückzukehren, während die Streikursachen in Konsultationen ausgeräumt werden, können von neuzuschaffenden teils mit Gewerkschaftlern, teils mit Arbeitgebern besetzten "Industriebehörden" durch Geldstrafen geahndet werden. Diese Geldstrafen werden auf dem Zivilweg, also über den Gerichtsvollzieher, eingeholt. Das Bußgeld wird nach dem Willen von Mrs Castle nicht dem Staatssäckel, sondern speziellen Fonds

zugeführt, etwa der Forschung über Industriekrankheiten oder der Unfallverhütung.

Mit diesem Gesetz, das als Interimslösung vorgezogen wird, bis die umfassenderen Seiten der Gewerkschaftsreformen angegangen werden können, sollen überdies die schuldlos in einen Streik gezogenen Arbeiter geschützt werden, die durch Kampfaktionen an Schlüsselstellungen in Mitleidenschaft gezogen werden und nach bisheriger Gesetzgebung noch nicht einmal Arbeitslosenunterstützung beanspruchen dürfen. Die ursprünglich vorgesehene Idee einer Urabstimmung vor Streiks ist fallengelassen worden, weil zahlreiche der 160 Einzelgewerkschaften keinerlei derartige Provisionen in ihren Statuten haben und bis zu deren Einführung kostbare Zeit verlorengehen würde.

So vernünftig die geplante Gesetzgebung sich ansieht und so sorgfältig die Arbeitsministerin ihr Industriegesetz gegen das Kriminalrecht mit seinen Gefängnisstrafen hin abgrenzt, manche Gewerkschaften reagieren ablehnend. Für den linken Flügel warnte Michael Foot den Premierminister, er solle auf der Hut sein, daß diesem Gesetz nicht das gleiche Schicksal widerfähre wie dem Oberhausreformgesetz. Und Labourparty-Generalsekretär Harry Nicholas erkennt "für die Gewerkschaftsbewegung, die Labourparty und die Regierung die Gegenwart als die schwierigste Periode unserer Geschichte": "Wir sehen uns der größten Ungewissheit im Hinblick auf die Zukunft der Partei gegenüber".

In dieser Kampagne, die von dem besonnenen Elektrikerpräsident Les Cannen schlichtweg als "Hysterie" begriffen wird, spiegelt sich das tiefe Unbehagen der britischen Arbeiterbewegung. Immer wieder hat Wilson Opfer abgefordert und nun soll sie ihre Macht auf den Altar der Nation legen, soll womöglich, wie Schattenschatzkanzler Macleod von der konservativen Opposition höhnte, jetzt den Boden bereiten, auf dem die Saat der Tories dann aufgehen kann. Immer mehr Gewerkschaften fordern einen Sonderkongreß. Aber die Stahltrossennerven von Harold Wilson geben nicht nach. Seine Politik und seine Ehre hat er auf dieses Spiel gesetzt. Ungeachtet des Umstandes, daß die Gewerkschaftsbewegung politisch und finanziell das Rückgrat der Labourparty bildet, ficht er diesen Kampf aus. Er geht jetzt aufs Ganze.

1964 trat Wilson an unter dem Zeichen des "change", des Wandels und der Veränderung. Diesen Wechsel fordert er jetzt seinen Getreuen ab. Wenn es ihm gelingt, die innerfraktionelle Opposition von 100 auf 50 Stimmen zu drücken und den geballten Gewerkschaftszorn zu zerstückeln, wird er seine Amtszeit mit Anstand beenden können. Aber ob die britische Arbeiterpartei hinterher noch die alte sein wird, unterliegt manchem Zweifel.

Inzwischen hat Harold Wilson einen Teilerfolg dadurch erringen können, daß die Parteispitze der Labourparty den Antrag auf Einberufung eines Sonderparteitages zur Beratung der Gewerkschaftsreform ablehnte. Der Ordentliche Parteitag der Labourparty wird wie üblich im Herbst dieses Jahres stattfinden.